57. Jahrgang. № 8.

Donnerstag, 9. Januar 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nacht.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 2 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 75 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's-Marke Dreiring. Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M.

Schläuche, Klappen, Platten, Ringe, Schnüre, Walzen, Puffer, Riemen aus Gummi, Guttapercha, Asbest fertigt in garantiert haltbaren Qualitäten E. Böhme, Dresden, Ferdinandstr. 13.

Dresdner Feldschlösschen-Biere bleiben erstklassig!

Für schwache Kinder: Emulsion „mit der Plombe", aus echt Heinr. Meyer'schen Lebertran m. d. Plombe, unt. Zusatz v. phosphorsauren Nährsalzen bereit. Angenehm i. Geschmack. Ärztl. verordn. u. bewährt b. Skrofulose, engl. Krankh., schwachem Knochenbau, allgem. Körperschwäche. Gr. Flasche 2 ℳ. Versand nach auswärts. — Echt in der Löwen-Apotheke, Altmarkt.

Vernickeln und Schärfen von Schlittschuhen
Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BUTTNER, Falkenstrasse Nr. 1—3. . . . . Fernsprecher Nr. 7359.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, trocken.

In der Konferenz der Finanzminister am 4. Januar haben sich Sachsen und andere Bundesstaaten gegen eine Reichsvermögenszuwachssteuer ausgesprochen.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow wird am 18. Januar in Berlin eintreffen, um die Leitung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen.

Der Innungsausschuß veranstaltete gestern zu Ehren des Herrn Oberbürgermeisters Geh. Rat Dr. Beutler einen Festabend, der einen imposanten Verlauf nahm.

Im Reichstage beantwortete der Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp die sozialdemokratische Interpellation über den Wagenmangel.

Im preußischen Abgeordnetenhause, das gestern seine Sitzungen nach den Ferien wieder aufnahm, brachte Finanzminister Dr. Lentze den Etat für 1913 ein.

Im neuen preußischen Staatshaushaltsetat ist zum ersten Male ein größerer Posten für die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung ausgesetzt.

Die landwirtschaftlichen Behörden und Verbände in Preußen planen ein energisches Vorgehen gegen die Landarbeitergewerkschaften.

Die Mächte sind sich in der Frage der Abtretung Adrianopels einig, dagegen bestehen zwischen Dreibund und Dreiverband Meinungsverschiedenheiten über die Abtretung der Aegäischen Inseln.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gilt nach Berichten aus Belgrad als unwahrscheinlich.

Der Reichstag

wird die in der Weihnachtspause gewonnene Erholung zu um so eifrigerer Arbeit ausnützen müssen, wenn er sein Pensum möglichst rechtzeitig erledigen will. Da Ostern diesmal bereits auf den 23. März fällt, die Osterferien also schon Mitte März ihren Anfang nehmen, so beschränkt sich die dem Reichstage zur Fertigstellung des Etats zur Verfügung stehende Frist auf die kurze Spanne von etwas über zwei Monaten. Man kann schon heute als sicher annehmen, daß es dem Parlamente nicht gelingen wird, den Etat in solcher Geschwindigkeit zustande zu bringen. Die Gewohnheit der epischen Breite ist bei den Etatreden viel zu eingewurzelt, als daß man ernstlich die Hoffnung hegen dürfte, es werde die Erkenntnis der Notwendigkeit einer ausnahmsweise raschen Arbeitsleistung genügen, um die vornehmlich auf der äußersten Linken hervortretende Neigung zur Dauerrednerei durch eine energische Selbstbeschränkung so gründlich zu überwinden, wie es zum Zwecke einer so starken Beschleunigung der Etatberatung erforderlich wäre. Wenn aber schon einmal damit zu rechnen ist, daß der Etat den Reichstag auch noch nach Ostern beschäftigen wird, so muß doch wenigstens alles darangesetzt werden, um die Versäumung der verfassungsmäßigen Frist nicht allzu groß zu machen und den über den 1. April hinausreichenden Termin der Verabschiedung des Etats so knapp wie möglich zu halten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es der gemeinsamen Bemühungen aller Parteien bedürfen, und man sollte meinen, daß auch die Linke alle Ursache hätte, in diesem Punkte nicht zu versagen. Gerade die radikalen Kreise, die immer mit einer gewissen Ostentation die Rechte, die Würde und das Ansehen des Parlaments zu betonen pflegen, sollten sich besonders davor hüten, durch unangemessene Ausbeutung der Redefreiheit den Reichstag in die Lage zu bringen, daß er seine verfassungsmäßige Verpflichtung zur Fertigstellung des Etats bis zum 1. April jedes Jahres nicht zu erfüllen vermag. Eine derartige Vorschrift der Verfassung muß genau so gut streng beobachtet werden, wie jedes andere, und es wäre geradezu verhängnisvoll für den parlamentarischen Pflichtbegriff, wenn die Ansicht einreißen sollte, daß die Volksvertretung die beliebige Mißachtung der Bestimmung des Art. 69 der Verfassung zur Schau tragen dürfe, wonach der Etat vor dem Beginn des Etatsjahres gesetzlich festgestellt werden muß. Was würde wohl der Reichstag dazu sagen, wenn die Regierung sich herausnehmen wollte, sich über den Art. 69 hinwegzusetzen und den Etat zu spät einzubringen? Es würde dann sicher in schärfster Weise über das verfassungswidrige Verhalten der Regierung hergezogen werden. Ebenso muß aber auch das Parlament selbst der verdienten Kritik gewärtig sein, wenn es seine budgetäre Pflicht nicht prompt erfüllt.

Eine möglichst kurze und sachliche, von ausgedehnten politischen Abschweifungen freie Behandlung des Etats ist um so dringender nötig, als noch verschiedene andere Vorlagen größeren Stils eine erhebliche parlamentarische Mühewaltung sowohl in den Kommissionen wie im Plenum erfordern werden. Dahin gehören der Entwurf über das Petroleummonopol, die Postscheckvorlage und — zuletzt, nicht am wenigsten — die Besitzsteuervorlage. Es ist zweifellos, daß der Entwurf über die Einführung einer Reichsbesitzsteuer das Hauptinteresse der Tagung nach Ostern auf sich vereinigen wird. In dem Gesetz über die Reichsfinanzreform ist vorgeschrieben, daß die Besitzsteuervorlage dem Reichstage spätestens bis zum 30. April 1913 unterbreitet sein muß. Die Regierung wird sicherlich an die Ausarbeitung eines Entwurfes so rechtzeitig herantreten, daß er nach der Annahme im Bundesrat fristgemäß im Reichstage auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden kann, und da es auf jeden Fall wegen der Besitzsteuer heiße Arbeit geben wird, so empfiehlt es sich, daß der Reichstag die Zeit nach Ostern möglichst ausschließlich für die Beratung dieses Gegenstandes frei hält und deshalb vor Ostern aufarbeitet, was er nur irgend bewältigen kann.

Der nationale Politiker, der den Blick auf das Ganze, auf die Interessen der nationalen Gesamtwohlfahrt gerichtet hält und den Grundsatz: „Das Vaterland über die Partei!" nach besten Kräften praktisch zu verwirklichen trachtet, kann nicht ohne Sorge den Kämpfen, die sich um die Besitzsteuerfrage abspielen werden, entgegensehen. Es ist nur zu leicht möglich, daß irgendeine unvorhergesehene Wendung, irgendeine unberechenbare Entwicklung wieder die alten kaum verharschten Wunden aufreißt, die sich die führenden nationalen Parteien in dem Streite um die Reichsfinanzreform geschlagen hatten, und daß dann der jetzt eingeleitete Beruhigungs- und Annäherungsprozeß zwischen rechts und links abermals zum Schaden für die nationalen Interessen unterbrochen wird. Besonders bedenklich muß in dieser Hinsicht der Umstand stimmen, daß in der nationalliberalen Partei die linksliberale Strömung zugunsten einer Reichsvermögenssteuer sich wieder in stärkerem Maße geltend zu machen scheint, da sowohl der Abgeordnete Schiffer in Düsseldorf wie der Abgeordnete Bassermann in Neufreistatt in Baden sich in den letzten Tagen fast gleichzeitig für eine solche Art der Regelung ausgesprochen haben. Wir haben an dieser Stelle wiederholt eingehend dargelegt, aus welchen Gründen jeder Eingriff des Reiches in das direkte Steuerprivileg der Einzelstaaten bedingungslos zurückgewiesen werden muß. Diese Gründe sind vom föderativen Standpunkte aus so einleuchtend und überzeugend, daß sich auch die altliberalen Elemente ihrem Gewichte unmöglich verschließen können, und so bleibt denn nur zu hoffen, daß der rechtsliberale Einfluß in der nationalliberalen Partei eine grundsätzliche Festlegung auf eine Reichsvermögenssteuer, die als bedrohlicher parteipolitischer Zankapfel wirken müßte, verhindern wird. Eine solche Erwartung findet eine Stütze in dem Verlaufe des verflossenen Tagungsabschnittes des Reichstages, in dem sich bei der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Fleischteuerung trotz aller sonstigen parteipolitischen Gegensätze die alten zollpolitischen Mehrheitsparteien, Nationalliberale, Konservative und Zentrum, zur gemeinsamen Abwehr des von der Sozialdemokratie im Bunde mit der extremen bürgerlichen Linken gegen den Reichskanzler gerichteten Vorstoßes zusammenfanden. Das Zusammenwirken dieser Mehrheit bei der gedachten Gelegenheit, das durch die glatte Ablehnung des Mißtrauensvotums gegen den Reichskanzler einen scharfen Strich durch die sozialdemokratische Rechnung machte, ist die erfreulichste Errungenschaft der bisherigen Tagung, die um so nachdrücklicher festgehalten werden muß, je nötiger wir die parteipolitische Einigkeit gerade jetzt angesichts der mit so vielen unsicheren Momenten durchsetzten auswärtigen Lage brauchen. Alle Patrioten ohne Unterschied der engeren Parteirichtung im Parlament und im Reiche müssen sich daher in dem ernsten Bestreben vereinigen, die Besitzsteuerfrage auf dem Wege gemeinsamer Verständigung in einer Weise zu lösen, die, ohne den berechtigten bundesstaatlichen Interessen zu nahe zu treten, die Forderungen der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit tunlichst befriedigt. Ist einmal der Wille hierzu vorhanden, so wird auch der Weg zu finden sein.

Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unwahrscheinlich.

Nach verschiedenen Ministersitzungen in Belgrad wurden die serbischen Bevollmächtigten in London angewiesen, den Faden nicht ganz abzubrechen. Da eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für unwahrscheinlich gilt, haben die Offiziere im Felde jetzt Urlaub erhalten.

Dreibund und Tripelentente.

Ueber den auf die Pforte auszuübenden Druck, der sie zur Abtretung von Adrianopel bestimmen soll, sind sämtliche Großmächte bereits einig, nicht aber in der Frage der ägäischen Inseln. Frankreich, England und Rußland treten entschieden für die Ansprüche Griechenlands ein, der Dreibund dagegen möchte, daß die Türkei außer den dem Dardanelleneingang vorgelegenen Inseln Lemnos, Tenedos, Imbros und Samothraki auch die Inseln Chios, Mythilene und Rodos behält.

Vermittlungsvorschläge.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß während der bevorstehenden Verhandlungen zwischen den dortigen Botschaftern und dem Minister des Aeußeren folgende Vermittlungsvorschläge zur Erörterung gelangen sollen: Auf dem durch Schleifung der Festungswerke von Adrianopel freiwerdenden Grund und Boden soll ein neuer Stadtteil entstehen. Damit wäre die Möglichkeit der Schaffung zweier autonomer Stadtverwaltungen, der türkischen und der bulgarischen, geschaffen, die sich über gewisse städtische Angelegenheiten, insbesondere hygienischer und finanzieller Natur, zu verständigen hätten. Ein größeres Anlehen wäre von der Türkei und Bulgarien gemeinsam aufzunehmen, um die Kosten des großzügigen Planes zu decken. Für unmöglich hält man es hier nicht, daß in den allgemeinen Beziehungen der Türkei zu Bulgarien schon in allernächster Zeit eine so günstige Veränderung eintreten könnte, um an die Durchführung eines solchen Planes zu denken.

Serbische Grausamkeiten.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht eine vom 23. Dezember vorigen Jahres datierte Korrespondenz, worin ein angesehener türkischer Kaufmann die Untaten schildert, die in dem mohammedanischen Orte Doiran verübt wurden. Nachdem der Ort von serbischen Soldaten und zahlreichen bulgarischen Bandenmitgliedern besetzt worden war, habe man sich sofort der türkischen Aemter bemächtigt und zahlreiche Erpressungen begonnen. Wer nichts gab, sei mit dem Tode bedroht worden. Nachts seien die Horden in die Häuser türkischer Offiziere eingebrochen und hätten die Frauen vergewaltigt. Eine Anzahl unbewaffneter Personen, die auf der Flucht nach Saloniki begriffen waren, seien niedergemacht worden. Die hervorragendsten Mohammedaner seien getötet worden. Viele Ortschaften der Umgegend seien niedergebrannt und die mohammedanischen Einwohner abgeschlachtet worden. In Urganschtiar seien 90 Mohammedaner mit den Köpfen aneinandergebunden und niedergestochen worden. Im Sandschak Serres allein seien ungefähr 20 000 Männer umgebracht worden.

Unsere Seemacht im Mittelmeer.

Der große Kreuzer „Vineta", der vom 8. November bis Mitte Dezember mit dem Panzerkreuzer „Goeben" vereint vor Konstantinopel ankerte und dann nach Alexandrien beordert wurde, hat jetzt als erstes Schiff von der Mittelmeerdivision die östlichen Teile des Mittelländischen Meeres verlassen und ist bereits nach den italienischen Gewässern entsandt worden, um Syrakus auf Sizilien anzulaufen. Für den Schutz der Reichsangehörigen in den Levantehäfen wird es mithin nicht mehr für erforderlich erachtet, die Schiffe der Mittelmeerdivision sämtlich in den verschiedenen Häfen der Levante stationiert zu halten, wie dies bisher der Fall war. Von den Schiffen der Mittelmeerdivision sind jetzt nur noch in den Levantehäfen belassen worden der Panzerkreuzer „Goeben" vor Konstantinopel mit dem kleinen Stationär, der Kreuzer „Geier" an der syrischen Küste, der zuletzt vor Haifa ankerte, und der Kreuzer „Breslau", der gegenwärtig von Alexandrew nach Port Said beordert wurde, um dort seine Kohlenbestände zu erneuern. Diese Schiffe wird man noch im östlichen Mittelmeer stationiert halten, bis sich die politische Situation der Balkanstaaten weiter geklärt hat.

Die neuesten Drahtberichte lauten:

Die nächsten Schritte der Mächte.

Köln. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Ztg." veröffentlicht folgende Berliner Drahtmeldung: Aller Voraussicht nach wird die gleiche Mitteilung, die von den Großmächten an die Pforte gerichtet werden soll, die Form eines gemeinschaftlichen Schrittes annehmen. Ueber die Einleitung direkter Besprechungen zwischen Bulgarien und der Pforte wegen Adrianopel liegen an amtlichen Stellen bestimmte Nachrichten noch nicht vor. Es läßt sich auch noch nicht erkennen, welcher von den verschiedenen Lösungsversuchen für die Frage von Adrianopel die besten Aus-

Eßt Pfunds Yoghurt!